

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei treuer Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 4.— M., bei brieflichem Postbezug monatlich 4.65 M., bei Zustellung unter Postamt für Deutschland 6.50 M., für Ausland 7.50 M., per Brief 12.50 M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Interate stellen die achtgepalt. Temperrückgabe oder deren Raum 1,20 M., Werbenzettel im festgelegten Wert 20 Pf., jeden weiteren Wert 25 Pf., Kurierungszuschlag 20 Proz. Bei Familien- u. Versammlungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Interate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition eingezahlt sein.

Druckerei-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 2. 68

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der Skandal geht weiter.

Ungehinderte Provokationen.

Trotz angeblicher „verschärfster“ Absperrungsmaßnahmen, wiederholten sich heute die nationalstolischen Kundgebungen vor dem Reichstage anlässlich der Vernehmung Hindenburgs in bedeutend größerem Umfang. In der Umgebung des Reichstages waren leichte Maschinengewehre aufgestellt, die Zufahrtsstraßen waren durch dicke Postenketten abgesperrt. Gegen 10 Uhr fuhr das geschlossene Auto Hindenburgs vor, hinter und vor dem Auto ritt je eine halbe Eskadron berittener Sicherheitsoldaten.

Als Hindenburg ausstieg, durchbrachen die Demonstrationen unter Hurra-Gebrüll die Postenketten und hätten scheinbar versucht, wie am vergangenen Sonnabend, Hindenburg zu verhindern, vor dem Untersuchungsausschuss zu erscheinen, wenn die berittene Sicherheitswehr nicht einen dichten Kreis um das Reichstagsportal und das Auto Hindenburgs gezogen hätte. Die Demonstranten strömten nunmehr auf den Hofbesen vor dem Reichstagsgebäude zusammen. Ein Offizier mit Friedenschirm und Pelzmantel, der vor der Ankunft Hindenburgs sich bei den Offizieren der Sicherheitswehr aufgehalten hatte, wurde auf die Schultern gehoben und hielt eine Rede auf die Juden-Regierung und auf den Untersuchungsausschuss. Er wurde in höflichstem Tone mindestens fünfmal von Offizieren der Sicherheitswehr aufgefordert weiter zu gehen, ohne daß er der Aufforderung nachkam. Er so wenig wie Studenten, die die Soldaten bedrängten und sich nicht zurückdrängen ließen, wurden verhaftet. Andauernd wurden Hufeisen auf die Monarchie, den Kaiser und Hindenburg ausgebracht und „Nieder mit der Juden-Regierung“, „Nieder mit Cohn“ gebrüllt, ohne daß die Sicherheitswehr einschritt. Der schon erwähnte Offizier konnte eine Rede, daß Cohn ein bestochener Hochverräter sei, ohne Störung zu Ende führen.

Nach dem Absingen der Hieder „Deutschland über alles“, „Seil dir im Siegerkranz“, „Stolz weht die Flagge schwarz-weiß-rot“, wurde die Geschichte einigen Arbeitern zu dumm und laut erscholl der Ruf „Nieder mit den Massenmördern, es lebe die internationale Völkerbrüderung“. Nun war die Stunde der Sicherheitswehr gekommen, die Offiziere dieser Truppe wurden auf einmal recht lebendig, als sich andere Leute als Monarchisten bemerkbar machten, sie ordneten erst jetzt schärferes Vorgehen an! Die Hurra-Schreier stürmten auf die Gruppe der Arbeiter ein und verschiedentlich kam es zu Tätlichkeiten.

Da die Gegenwirkung der Arbeiter stärker wurde, wurden die Demonstranten nach der Charlottenburger Chaussee abgedrängt. Von einigen Schreibern, die sich den Anordnungen der Sicherheitswehr nicht fügten und sich zur Wehr setzten, wurde lediglich der Name festgestellt, dann konnten sie weiterfahren. Ein Arbeiter, der am Brandenburger Tor die Weltrevolution hochleben ließ, wurde verhaftet und abgeführt.

Gegen 11¼ Uhr war der Platz vor dem Reichstagsgebäude gesäubert; auf der Charlottenburger Chaussee gingen die Auseinandersetzungen zwischen Arbeitern und Studenten weiter.

Verstärkung aus der Provinz.

Wie uns aus Bernau berichtet wird, sind heute abends eine größere Anzahl Angehöriger der in Bernau einquartierten Eisenen Masch.-Brigade, und zwar die gesamte 2. Sturmkompanie, sowie die Offiziere der Kriminal-Abt. desselben Truppentails mit den Worgensingen, schwer bewaffnet, teils in Uniform, teils in Zivil nach Weiden gefahren, um in Gemeinschaft mit Studenten Hindenburg am Putz zur Vernehmung vor dem Untersuchungsausschuss zu verhindern. Die Herrschaften sprachen in Bernau allerdings nur von einem „Juden-ausschuss“.

Selbstverständlich haben sie die Eisenbahn unentgeltlich benützt, das heißt: sie fuhren auf Militärfahrscheinen. Der Staat muß also abdecken noch die Kosten für das Privatvergnügen tragen, das sich die Reuterei leisten. Wie lange, so fragen wir, soll dieser Skandal noch andauern? Will sich Herr Cohn weiter auf der Reise herumtollen lassen? Die Offiziere, die bewaffnete Besondereinheiten treffen, haben unbefugter Weise einen bewaffneten Haufen gebildet mit der ausgesprochenen

Kennung, Hochverrat zu begehen. Gibt es dafür keinen Strafschlichter in der deutschen Republik?

Das Inkrafttreten des Friedensabkommens

L. H. Kopenhagen, 18. November.

Die „Frankfurter Zeitung“ meldet: Die schwedische und dänische Regierung haben an den Obersten Alliierten Rat die Anfrage gerichtet, wann das Inkrafttreten des allgemeinen Friedensabkommens erwartet werden dürfe. Der Oberste Rat hat den Regierungen die Mitteilung zugehen lassen, daß das Abkommen am 27. November in Kraft treten werde.

Untersuchungsausschuss.

Schon lange vor Beginn der Sitzung ist der Sitzungssaal nicht gefüllt. Zahlreiche Abgeordnete aller Parteien wohnen den Verhandlungen bei. Auf dem Zeugnissitz, vor dem Generalfeldmarschall Hindenburg Platz nehmen soll, liegt ein Strauß von weißen Chrysanthemen, umschlungen mit einem schwarz-weiß-roten Bande.

Hindenburg, der mit General Ludendorff kurz nach 10 Uhr im Reichstagsgebäude eingetroffen war, wurde am Eingang vom Vizepräsidenten Dietrich begrüßt und vom Abgeordneten Warmuth nach dem Verhandlungsraum geleitet.

Vorsitzender Gothein richtete an den Generalfeldmarschall folgende Worte:

Herr Generalfeldmarschall! Der Ausschuss hätte Ihnen gern die Mithewaltung erspart, vor diesem Ausschuss hier zu erscheinen. Er hätte Ihnen gern in dieser Winterzeit die schmerzhafte Reise erspart. Da aber General Ludendorff Wert darauf legte, gemeinsam mit Ihnen vernommen zu werden, so mußten wir Sie bitten, hier zu erscheinen.

Generalfeldmarschall Hindenburg: Ich darf wohl erwidern, daß es mir ein Bedürfnis gewesen ist, an der Seite meines Kampfgesossen in schwerer und großer Zeit hier zu erscheinen. Ich bin dankbar dafür, daß mir hier die Gelegenheit dazu gegeben ist. Ebenso danke ich dafür, daß mir die Reise erleichtert worden ist.

Vorsitzender Gothein: Herr Generalfeldmarschall! Ich bitte Sie jetzt, den Zeugnissitz zu verlassen und bitte um Angabe Ihres Vornamens.

Hindenburg: Ich bin bereit, den Sitz zu verlassen, möchte aber bitten, daß ich vorher eine Erklärung verlesen darf, die ich für mich und General Ludendorff abgegeben habe.

General Ludendorff: Ich stehe auf demselben Standpunkt wie der Generalfeldmarschall.

Eine Erklärung Hindenburgs.

Gemäß Art. 84 der Reichsverfassung vom 11. August 1919 hat die Nationalversammlung einen Untersuchungsausschuss eingesetzt zur Ermittlung gewisser Tatbestände vor und während des Krieges. Es wird verlangt, daß die beiden Unterzeichneten sich eidlich äußern über Maßnahmen der Obersten Heeresleitung, § 84 der Verfassung bestimmt auch, daß für das Untersuchungsverfahren die Bestimmungen der Strafprozessordnung sinngemäße Anwendung finden. Diese sieht das Recht der Zeugnisverweigerung vor. Da das hier schwebende Verfahren sich nur auf Fragen des subjektiven Glaubens hinsichtlich der Zweckmäßigkeit der Fortsetzung des Krieges handelt, und sich daher Befragen für die Untersuchungen ergeben, so erklären wir beide Unterzeichneten, der Generalfeldmarschall von Hindenburg und General der Infanterie von Ludendorff, daß wir eine Aussagepflicht, die für uns rechtliche Gefahren ergeben könnte, grundsätzlich nicht anerkennen können, sondern daß wir, wie schon der frühere Reichskanzler von Bethmann Hollweg und sein Stellvertreter Dr. Helfferich ausgesprochen haben, vor einer Anormalität stehen. Wenn wir gleichwohl zur Eidesleistung und Aussageleistung uns entschlossen haben, so geschieht es lediglich aus der Erwägung, daß nach einem vierjährigen Kriege ein so starkes Volk wie das deutsche ein Recht darauf hat, zu sehen, wie sich die Tatsachen verhalten und ohne Parteilichkeit an der Front und in der Heimat abgeklärt haben. Nur an der Wahrheit kann das Volk wieder gesunden, und darum sind wir zur Eidesleistung und zur Aussage bereit. Was die Verfassungsmäßigkeit des Untersuchungsausschusses anlangt, so schließen wir uns den Vorbehalten an, die Dr. Helfferich geltend in seiner Erklärung wiedergelegt hat. (Unterbrechung.)

Vor. Gothein: Ich kann nur bemerken, daß das eine private Willensäußerung des Herrn Zeugen ist. An dem tatsächlichen Sachbestand der Verfassung und dem verfassungsmäßig niedergelegten Ausschuss ändert diese Willensäußerung nichts.

Hindenburg und Ludendorff leisten darauf den Eid. Die Sitzung dauert fort.

Unterirdische Arbeit.

Uns wird geschrieben:

Alles, was die Reaktion Gewalttätiges gegen die revolutionäre Bewegung unternehmen kann, mit Belagerungszustand, Presseverboten, Schußposten, und wie ihre Mittel alle heißen mögen, verpricht ihr nur Augenblickserfolge, ist aber nicht imstande, die Entwicklung dauernd zu hemmen. Das einzige, was wirklich Erfolg haben könnte, ist der Versuch, sie in ihren Quellen zu verärflichen.

Wer die Jugend hat, hat die Zukunft. Wer das heranwachsende Geschlecht mit nationalstolischen Geist und dogmatisch kirchlicher Weltanschauung erfüllen kann, der wird zum mindesten Unsicherheit, Verwirrung, Zwiespalt in die Reihen der künftigen Kämpfer tragen. Der wird durch Vorbedingungen schaffen zu jenem vernunftvollen Einverständnis auf Schlagworte, die in sich hohl, Instabilität wachrufen, die der Jugend eingepreßt sind. „Das Vaterland ist in Gefahr!“ hieß das Schlagwort 1914. „Die Religion ist in Gefahr!“ hieß es vor den Nationalwahlen. Beide Male haben sie ihre Wirkung nicht verfehlt: das erstmal hieß sie vier Jahre Kriegsgewalt, das zweimal bürgerliches Parlament und Zentrums Herrschaft. Weidens wäre undenkbar gewesen ohne unsere nationalstolischen-konfessionellen Jugendberziehung. Das wissen unsere Gegner. Darum ihre unermüdete Mißgunst in der Schule. Das Schulprogramm ist nur ein Anfang, der den Boden bereitet hat. Nun wird weitergearbeitet. Ungeklärt und lärmend von den Nationalisten. Die gründeten deut/nationalistische Jugend- und Lehrervereine, veranstalteten monarchistische Demonstrationen und Schülerstreiks und haben weidlich in den Stunden gegen alles, was Revolution, Republik oder Sozialismus heißt. Sie sind gefährlich, aber gefährlicher ist die stille Arbeit des Zentrums. Dieses hat Lehrerschaft, Elternschaft und Presse so fest in der Hand und hat so festen Fuß und gute Bildung in allen Behörden, daß es sich die laute Agitation sparen kann. Das Heben und Verheben kann es seiner Presse überlassen — keine, nicht einmal die alldeutsche versteht sich so vortrefflich darauf —, selber bleibt es vornehm im Hintergrund, läßt seine Organisation arbeiten, mit seiner ausschlaggebende Stellung in der Regierung aus und tritt nur hervor, wenn ein Hauptschlag zu führen ist wenn es eine Stellung zu nehmen gilt, die reif zum Falle ist. Es würde von Interesse sein, wenn man erfahren könnte, wie viele und wie ausschlaggebende Stellen auf dem Gebiet der Schulverwaltung von Vertrauensleuten des Zentrums besetzt sind, wenn man verfolgen könnte, wie zielbewußt überall in Provinzen und Gemeinden es sich von verbündeten Parteien die entscheidenden Posten anklammern läßt. Manche sonst unbegreiflichen Erscheinungen in unserem Schulleben würden dadurch verständlich werden.

Wo die Zentrumsleute aber ihre Kräfte fühlen, da treten sie gesammelt zum Angriff an. Im Rheinland haben sie vor kurzem den Anfang gemacht mit einer Attacke gegen die entschiedene Jugendbewegung in Essen, die lebhaft an die bayerischen Kämpfe gegen Bayern erinnert. Dieselben Waffen der skrupellosen Verleumdung, dieselbe tadellose Konzentration des Angriffs, dieselbe gehorsame Gefolgschaft des bürgerlichen Philisters. Es ist davon jetzt etwas still geworden. Wer rheinische Verhältnisse kennt, wird sich nicht darüber täuschen, daß das nur eine Waffentrube vor entschiedenem Angriff ist. Aber Wabrheitlichkeit nach — denn das Zentrum ist viel zu klug, um Kräfte zu zerpfählen — wird es sich dabei um den Versuch handeln, die genügend vorbereitete Herrschaft im Rheinland endgültig zu errichten. Und wenn die Schule im westlichen Industriegebiet erst in Zentrums Händen ist, dann ist der siegreiche weitere Vormarsch so gut wie gesichert.

Wir sagen dies voraus, weil wir zentrumsliche Kampfmethoden zu kennen glauben. Wir erwarten ihren Erfolg, weil wir wissen, wie wenig man sich bei den entscheidenden Stellen in Berlin um solche provinziellen Angelegenheiten zu kümmern pflegt, wie sehr man geneigt ist aus mangelnder Kenntnis ihre Bedeutung zu unterschätzen. Alle politischen Erfolge des Zentrums gründen sich auf seine genaue Kenntnis aller lokalen Besonderheiten und auf die hohe Wertschätzung kultureller Nachfragen. Hier hat bis jetzt der Sozialismus, haben die Reichssozialisten seit der Revolution am bedingungslosten Kapitalisiert. Vielleicht weil sie den „kulturellen Ueberbau“ über dem Wirtschaftsleben für nebensächlich hielten, vielleicht aus Neuenlichkeit, vielleicht aus Angst. Um so mehr Anlaß

hat die revolutionäre Arbeiterklasse, darauf zu achten, daß nicht unter der Hand ihr die Jugend in eine kirchlich-zentrierte Verfallung ausgeliefert wird, die zehnmal schlimmer wäre als der ungeheure Bürokratismus des alten Staates. Das Schulkommissariat war das Vorbild. Die Essener Schulhege ist der erste Auftakt. Mögen Berufene sorgen, daß unserem Volke hier kein unheilbarer Schaden geschieht!

Roske und die Diktatur.

Es liegt uns der Haftbefehl vor, auf Grund dessen die Vollzugsratsmitglieder Genossen Malzahn, Stolt, Eckert und Neumann verhaftet wurden. Die Begründung sieht folgendermaßen aus:

Sowohl Malzahn wie auch Stolt, Eckert und Neumann sind Mitglieder des sogenannten roten Vollzugsrats der Arbeiterklasse in Groß-Berlin, der in der Morgenaufgabe der „Freiheit“ vom 6. November 1919 unter wahrheitswidriger Begründung zum politischen Generalstreik gehetzt hat, und zwar mit dem offensichtlichen Ziele, die gegenwärtige Regierung zu stürzen und der Diktatur des Proletariats zum Siege zu verhelfen.

Es bedarf hiernach keiner weiteren Begründung, daß die Genannten unter Verächtlichmachung der augenblicklichen Verhältnisse eine Gefahr für die Sicherheit des Reiches bilden. Diese kann nicht anders als durch ihre Verhaftung abgewendet werden.

Der Oberbefehlshaber: gen. Roske.

Dem „sozialdemokratischen“ Minister Roske ist es vorbehalten geblieben, die Solidaritätsbewegung zugunsten einer kämpfenden Arbeiterklasse mit Mitteln zu bekämpfen, die so brutal noch nicht einmal von den wilhelminischen Generalen angewandt worden sind. Ihn schreckte vor allen Dingen das „offenbare Ziel“ des beabsichtigten Generalstreiks, der Diktatur des Proletariats zum Siege zu verhelfen. Dieser „sozialdemokratische“ Schein also gar nicht zu wissen, daß schon Karl Marx die Diktatur des Proletariats als Voraussetzung für die Umwälzung der kapitalistischen Produktionsweise in die sozialistische bezeichnet hat. Er hat auch ganz vergessen, daß die Eroberung der politischen Macht das selbstverständliche Ziel der Arbeiterbewegung sein muß. Aber er kennt nur eine Diktatur, und das ist seine eigene. Und indem er die Diktatur des Proletariats als Schreckgespenst aufpflanzt, weiß er sich des Beifalles des kapitalistischen Bürgertums sicher, in deren Interesse er jetzt die Diktatur gegen das Proletariat ausübt.

Es ist nichts weiter, als die reine Willkür, daß die vier Mitglieder des Vollzugsrats in Haft gehalten werden, während man die zu gleicher Zeit verhafteten anderen Genossen längst wieder freilassen mußte, weil gegen sie ebenso wenig wie gegen die Genossen Malzahn, Stolt, Eckert und Neumann irgend etwas vorlag, was ihre Verhaftung begründen konnte.

Vom Rechtsbeistand der Verhafteten ist sofort Beschwerde eingelegt und mündliche Verhandlung vor dem Reichsmilitärgericht beantragt worden. Es muß verlangt werden, daß das Reichsmilitärgericht sich nicht etwa nach seiner üblichen Praxis drei Monate Zeit zu dieser Verhandlung läßt, sondern sie sofort ansieht.

Mit Herrn Roske darüber zu diskutieren, wer eine Gefahr für die Sicherheit des Reiches bildet, halten wir für überflüssig, nachdem es sich gerade in diesen Tagen deutlich zeigt, wohin uns die Diktatur Roske geführt hat.

Eine alldeutsche Gründung.

Dieser Tage ist in Berlin eine neue Partei gegründet worden, die sich den großspürigen Namen „Großdeutsche Freiheitspartei“ zugelegt hat. Hinter der Gründung stehen alldeutsche und deutschösterreichische Kreise. Die neue Partei hat bereits eine Entschliessung angenommen, in der es heißt, daß es eine Schmach für das ganze deutsche Volk sei, daß sich Generalfeldmarschall v. Hindenburg

von Männern wie Cohn, Singelmer und Thälmann vernachlässigen lassen müsse. Durch diese Entschliessung hat die neue Partei ihre Tendenz einwandfrei festgelegt. Wie sie dazu kommt, sich ausgerechnet den Namen „Freiheitspartei“ zuzulegen, dürfte das Geheimnis ihrer im Dunkeln gebliebenen Gründer sein. Anhang und Nachwuchs dieser Partei rekrutieren sich aus dem großen Reservoir derer, die nie alle werden. Öffentlich hat auch der Raupenkunze bereits seine Mitgliedschaft erworben.

Die Auflösung der Wachtabteilung der Kommandantur.

Die Wachtabteilung der Kommandantur, die etwa 3000 Mann stark ist, und sich als erste Formation im November vorigen Jahres als Polizeitruppe zur Aufrechterhaltung der Ruhe, Ordnung und Sicherheit in Berlin, in den Dienst der Republik gestellt hatte, soll infolge der Schaffung der neuen Sicherheitspolizei zum 1. Januar nächsten Jahres aufgelöst werden. Damit würden 3000, zum größten Teile verheiratete Berliner Bürger erloschen, die sich um die Wiederherstellung und Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung und um die Bekämpfung des Verbrechens- und Schieberwesens in der Reichshauptstadt große Verdienste erworben haben.

Die alte Polizei hat stets gern mit Angehörigen der Wachabteilung zusammen gearbeitet. Nachdem nun die sogenannte grüne Sicherheitspolizei in Tätigkeit getreten ist, soll mit Ende dieses Jahres die Wachabteilung der Kommandantur aufgelöst werden. Die Leitung der Truppe demüht sich nun, die Mannschaften, die, wie gesagt, zum größten Teil ältere Familienväter sind, vor dem Schicksal zu bewahren, auf die Straße gesetzt zu werden. So sind Verhandlungen im Gange, diejenigen Mannschaften der Wachabteilung, die sich als kriminell begabt und gesücht erwiesen haben, in den Dienst des Landespolizeiamtes zu stellen.

Aus den Reihen der Mitglieder der Wachabteilung der Kommandantur ist bekanntlich auch die 150 Mann starke Formation unter der Leitung des früheren Kommandanten Major S. A. N. gebildet worden, der die Bekämpfung der baltischen Werberbureaus in Berlin übertragen worden ist. Auch diese Truppe soll verkleinert werden. Ihr ist bereits die Aufforderung zugegangen, eine Liste derjenigen ihrer Angehörigen einzureichen, die ohne besondere Beeinträchtigung ihrer Tätigkeit entbehrlich werden könnten.

Die Auflösung der Wachabteilung der Kommandantur geschieht ohne Zweifel auf das Betreiben reaktionärer Kreise. Diese haben in den letzten Tagen eine großzügige Hebe gegen diesen Truppenteil entfaltet, und, wie wir sehen, nun wieder einen Sieg dabei errufen.

Weitere Ergebnisse zu den französischen Wahlen.

H. N. Paris, 18. November.

Gestern um 12 Uhr mittags war folgendes Wahlergebnis bekannt: Gewählt waren 278 Kandidaten, die sich wie folgt verteilten: 15 Konservative, 35 Mitglieder der Rechten Liberalen, 51 Fortschrittler, 77 Sozialrepublikaner, 25 Radikale, 44 Sozialistische Radikale, 3 Sozialrepublikaner und 18 vereinigte Sozialisten. Demzufolge haben die Konservativen 1, die Rechten Liberalen 1, die Fortschrittler 26, die Sozialrepublikaner 9 und die Radikalen 6 Mandate gewonnen. Die Radikalsocialisten verlieren 41, die Sozialrepublikaner 8 und die vereinigten Sozialisten 17 Mandate. Unter den gewählten Kandidaten werden genannt: Violani, Millerand, Rabby, Maric, Rothchild, Mandel, Torbier und der bekannte Fliegerhauptmann von Straß. Zu den bekannten Kandidaten, die durchgefallen sind, gehören Brisson, Sigle, Quenaut, Renaudel und Longuet. Im allgemeinen beweist das Ergebnis, daß die gemäßigten und konservativen Elemente eine kräftige Stärkung erfahren haben.

L. U. Paris, 18. November.

Die bisher bekannten Wahlergebnisse weisen auf einen republikanischen Sieg hin. Die letzten Ziffern lauten: Republikaner 1 815 726 Stimmen, Sozialisten 880 000 Stimmen. Longuet hat eine Niederlage erlitten, während Briand, Rich, Lebroun, Marin, Loucheur und General de Castelnau gewählt worden sind.

Audienzgesuch des belgischen Kabinetts.

H. N. Brüssel, 18. November.

„Soir“ meldet, daß das Kabinett der Regierung gestern Abend das Audienzgesuch eingereicht habe. Der König hat die Minister gebeten, vorläufig auf ihren Posten zu bleiben, bis das endgültige Ergebnis der Wahlen bekannt sei. Es steht aber schon jetzt fest, daß de Broqueville endgültig zurücktritt.

Die Zerstörung der französischen Bergwerke.

T. U. Amsterdam, 18. November.

Wie Pariser Blätter melden, ist nunmehr festgestellt worden, daß infolge der systematischen Zerstörung der französischen Bergwerke während der französisch-englischen Offensive im September 1918, während der englischen Offensive 1917 und während der Generaloffensive im März 1918 220 Gruben völlig unbrauchbar gemacht worden sind. Hierdurch erleidet Frankreich eine Einbuße einer Förderung von 20 Millionen Tonnen, das ist die Hälfte der französischen Jahresproduktion vor dem Kriege, auf lange Jahre hinaus. Hunderttausende von Arbeitern sind infolgedessen heillos. Nach dem 15. Oktober hat Hindenburg angeordnet, die militärisch zwecklosen Zerstörungen einzustellen. Auf Ludendorffs Befehl haben aber noch am 20. Oktober Pioniertruppen die Anlagen von Crespien vollständig zerstört.

Ein Zusammenstoß in Aurland.

Wie das „Memeler Dampfboot“ meldet, überfiel am 13. eine lettische Bande von etwa 30 Mann in der Nähe von Rukau einen von Dorshaus nach Rukau fahrenden Kleinbahnzug, in dem einige deutsche Arbeiter und reichsdeutsche Soldaten, sämtlich unbewaffnet, zum Abbau des in Rukau befindlichen Sägewerkes saßen. Die Heberjassen standen im Dienste der deutschen Verwaltung, nicht in dem der Vermondt-Armee. Fünf deutsche Soldaten wurden getötet, 20 gefangen genommen. Ebenso geriet ein deutscher Eisenbahnlokomotivführer in Gefangenschaft. Von den einheimischen Arbeitern wurde einer getötet, einer schwer, drei leicht verletzt.

Rukau liegt in Aurland, also außerhalb der reichsdeutschen Grenzen. Welche „deutsche Verwaltung“ läßt ein auf reichsfremdem Boden stehendes Sägewerk abbauen?

Wiens Kohlennot.

T. U. Wien, 18. November.

Die Kohlenknappheiten, die seit vorgestern durch den starken Frost noch empfindlicher wurden, führten bald zu Weiterungen. So haben gestern die Beamten der Devisenzentrale ihre Tätigkeit eingestellt mit der Erklärung, nicht länger in ungesunden Räumen arbeiten zu wollen. Die Schalter der Devisenzentrale bleiben deshalb geschlossen. Kohlen gibt es für Private überhaupt nicht, nicht einmal den Hausbrand in dem verringerten Ausmaß von 7 Kilo in der Woche. Auch diese Menge kann jetzt nur ein Drittel der Bevölkerung erhalten, so daß man nur alle drei Wochen an die Reihe kommt. Es erhält daher jeder Haushalt durchschnittlich 5 Pfd und Kohlen für die Woche. Jetzt wird einlach der herrliche Wiener Wald niedergelegt, um Holz zu beschaffen, und der weltbekannte Prater seines Schmudses beraubt. Selbst in die Öbachtungen wird eingegraben und auch die jüngsten Stämmchen werden abgehackt. In den öffentlichen Gartenanlagen werden die Sitzbänke dabongetragen und von den Bediensteten die hölzernen Einfassungen gestohlen.

Vor der Abstimmung über den Friedensvertrag im amerikanischen Senat.

T. U. Amsterdam, 17. November.

Die niederländische Telegraphen-Agentur meldet aus Washington: Die „New York Times“ sagt, daß die Führer beider Parteien die Verwerfung des Friedensvertrages im Laufe dieser Woche erwarten. Die demokratischen Senatoren sagen, daß sie nicht für den veränderten Vertrag stimmen werden.

Ein Druckfehler hat sich in die heute morgen von uns wiedergegebene Erklärung der U. S. F. Fraktion der Preussischen Landesversammlung eingeschlichen. Im letzten Absatz darf es nicht heißen „Stürzen“, sondern „stehen“.

Geld und Genie.

„D. A. R.“ contra Danton.

In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, einem Journal, das jeden Tag zweimal erscheint, offenbar nur, weil jeden Tag zweimal niemand sich findet, der feststellte, daß dieses Erscheinen von keinem gewöhnlich geforderten oder nur bemerkt wird, — in diesem Journalistischen Abwärtismus wird jüngst „bewiesen“, daß die Großen der französischen Revolution keine Geiden oder Genies, sondern ganz gewöhnliche Durchschnittsmenschen waren, die die historische Perspektive und vergrößert. Ferner der Absicht, mit dem genialen Uebermenschen, Leitartikler dieses notwendigen Druckerzeugnisses über den Menschheitswert Marats, Dantons und Robespierres streiten zu wollen, sei nur der tiefere Sinn einer Polemik der „D. A. R.“ gegen die französische Revolution aufgedeckt. Der Zweck des Aufsatzes war natürlich nicht objektive Geschichtsforschung, sondern vielmehr ganz aktuelle politische Tendenz: Die souveräne Absage des Allgemeinen Deutschen Genies an die Männer von 1789 stand nämlich innerhalb einer Parallele der französischen und der russischen Revolution, so daß man zugleich Lenin traf, wenn man Danton eins versetzte. Da für den Stribenten augenscheinlich jeder geknapscht ist, der ungenial ist, dachte er die russische Revolution endgültig zu debauchieren, habe er ihre Führer Durchschnittsmenschen schimpfte.

Nun der Sinn: Die kapitalistische Weltanklaue mit ihren heiligen Zeitungen will und will nicht auf die antile Ideologie verzichten, so wenig ihre Anhänger — wären sie ehrlich — etwas anderes nennen dürfen als Zahlen und Statistiken. Handelt es sich darum, einem widerpenflichen Volke den Bammel einer anarchisch-kapitalistischen Ueberproduktion aufzugeben, oder aber um einfache Häubereien (wie im Baltikum). — man kämpft „für die Kultur“. Und zwar mit dem leuchtenden Schweiß als Sammelname für stinkendes Gas, Blumenerwerber, Mousüre-Granaten und Kobozellen. Ein notwendiges Requisite dieser antiken Ideologie ist auch der Geld und das Genie. Sollten alle anderen Argumente versagen, — der schreibende Dienstbote des handelnden Herrn ruft dessen mordende Dienstboten zu Helden und Genies aus, gibt er falsch Nießsche und schwärmt vom Recht des Starken und vom Pfah an der Sonne. Also ist Hindenburg ein Genie und ein Held jeder Bigeseldwechel, der ein paar gemeine Verbrecher begangen hat. Der Geld und das Genie ist ein im pseudo-ideologischen Himmel charakterisiertes Patent des Kapitalismus. Wer für ihn

kämpft, ist ein Held oder ein Genie, wer gegen ihn, — ein Narr, bestenfalls ein „Durchschnittsmensch“. Ein solcher ist Danton, ist Lenin, ein Held dagegen wohl etwa Runge oder Vogel oder Marloß. Uebrigens: Da die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ bekanntlich immer nur für die Sache Partei nimmt, an deren Spitze die Genies stehen, so ist es ganz natürlich, daß sie das offiziöse Organ im Reich Eberts ist, ebenso wie sie es im Reiche Wilhelms gewesen war.

Vortrags-Veranstaltungen.

Bei der Sonntag-Nachmittag-Veranstaltung der Arbeiter-Bildungsschule klangen durch die Besthalle des Stadthauses die kampfstrohen Rhythmen der Internationale, zuerst gesprochen mit großer Begeisterung und voll anheimelndem Organ von Tilla Durieux, dann gesungen vom Männergesangsverein Koabit. Wieviel folge Erinnerungen werden noch bei diesem herrlichen Kampflied. Und wie selten, ja fast kaum, hört man heute in den Tagen des Belagerungszustandes die vertrauten Klänge der Internationale oder der Marzellalle. Vorher gab es noch einige schöne Männerchöre zu hören, darunter Uthmanns kraftvolles „Ich warte dein“ und den „Jäger aus Kurpfalz“, das wiederholt werden mußte. Frau Durieux sprach Bruno Schönlank's tiefempfundene Verse an Rosa Luxemburg so meisterhaft durchbringend, daß sich die Erinnerung an das traumvolle Erlebnis von neuem wie ein Stachel in die Herzen senkte. Aus Leonhard Brants Buch: „Der Mensch ist aus“ las sie das Kapitel „Die Kriepollide“.

Wie wäre es, wenn man diese Sonntag-Nachmittage als ständige Einrichtungen festsetzte. Es würde sich da eine Gemeinde von Zuhörern ergeben lassen. Bei dem Kontakt zwischen dem Dargebenden und den Zuhörern empfand man kaum mehr, daß da eine Künstlerin vorset, sondern eher eine Freundin und Genossin. Das ist ein hoher Gewinn für die Bildungsbestrebungen der Arbeiterschaft. Freilich müßte in jedem Stadtteil an jedem Sonntag etwas ähnliches veranstaltet werden.

Märchenvorlesung für Arbeiterkinder. Frau Tilla Durieux bewies in einer vom Arbeiter-Elternbund veranstalteten Märchenvorlesung, daß ihre Kunst auch die Kinder des Proletariats zum freudigen Mitlesen zwingt. Den Kindern der Straße war dieser Abend ein Erlebnis, das sah man an der gespannten Aufmerksamkeit und an der lebhaften Anteilnahme an Freud und Leid sowohl bei dem Märchen von den drei Männ-

lein im Walde als auch bei dem mit Jubel aufgenommenen lustigen Gedichten aus des Knaben Wunderhorn. Von Frau Tilla Durieux am Klavier begleitet, sang Frau Blumenreich einige Lieder, und ihre sympathische Stimme, getragen von echter Empfindung, machte auf die Kinderklar tiefen Eindruck. Stürmisches Verlangen nach mehr, Zujuchzen und Hülleschreien endeten den Abend, der gedacht hat, was der Arbeiter-Elternbund in vielen ähnlichen Veranstaltungen bringen will: reine Freude für die Arbeiterkinder, deren Jugend sich durch diese harten Zeiten durchbringen muß.

Ludwig Garb hatte bei seinem Heine-Abend im Metzgerstraße auch viele Arbeiter unter seinen Zuhörern. In der tiefen Regauerung des Wortes spricht er ganz und gar nicht wie ein Schauspieler, der die Bühne mit dem Publikum vertauscht, sondern er läßt uns die Dichtung in einer anderen weltlichen Uebersetzung mit anderen technischen Mitteln erleben. Und doch wagt in dieser künstlerisch gebändigten Form der Einfachheit die ganze Skala der Empfindungen und Farben, wie in einer Malierung einem Schwarz-weiß-Malt alle Malerei übertrumpft sein kann. Eine heimliche Ironie und eine ängelnde Plausivität in seinem Vortrag: er umspannt Heine am innigsten, wo er an Deutschland verbleibt. Hier eine etwas eigenwillige Auffassung Garb's, da ein etwas lässiges Verschleifen des Tones — aber schon weist er uns in Sprachkritik zu immer neuen Gipfeln Heinescher Spottlust und Gefühlstheambik. Vom tugendhaften Hund und der Revolution in Kränzel über die Volkslieder und hebräischen Melodien zu den Weibern, Wandererinnen, Herrn Olaf und der Matrosengruft reicht uns der Meister des Vortrags durch alle Organe der Menschlichkeit und der Leidenschaften. Mit der feinsten Empfindung und der beherrschenden frohlichen Weisheit gibt er Klang und Vision, Trost und Gestalt. Dabei stießt in allem: Gumoz.

Reinhard Maur umgab an seinem Vortragsabend Karl Kraus mit Dichtern: mit Allencron, diesem „Genie der Klarheit“, mit Poe, E. T. A. Hoffmann, Scherhart und Morgenstern. Dinstag aber war von Kraus nur die „Schillerfeier“ gesprochen; seine „Welt der Plakate“ hatte bei Maur nicht den Erdenhörsenpul, aus dem es ist. Entzinnen gibt, bis ihm endlich der ewige „Kosmisch“ mit hinter aufstehenden Offerte: „Werde dich selbst!“ ein traumhaftes Ende macht. Allencron's „sovereäner Herr“ hat am Anfang Suggestion, wurde aber bald dar aller Souveränität; was souverän ist, läßt sich nicht wech

Rätegedanke und Gewerkschaftstaktik.

Von Ernst Däumig.

II.

Ich wiederhole also: Die Vollversammlung macht nicht für die syndikalistische Betriebsorganisation Propaganda, sie verlangt aber eine Zusammenfassung und Schulung der revolutionären Elemente in den Betrieben. Das heißt: die klassenbewußte Arbeiterklasse muß jetzt nach den Lehren des Metallarbeiterkampfes sofort und mit aller Energie daran gehen, sich Funktionäre zu schaffen, die nach jeder Richtung hin zuverlässig und rüchgräftig sind. Da, wo jetzt in den vielen Metallbetrieben die Wahl von Arbeiterausschüssen, Arbeiterräten und anderen Funktionen notwendig wird, müssen die Belegschaften von vornherein Personen wählen, die nicht allein ihr Vertrauen haben, sondern auch die Gewähr bieten, daß sie dem Unternehmertum nicht nur in Arbeiterfragen, vielmehr auch in Fragen des Produktionsprozesses auf die Finger leben und die Bühne betreten können. Sie müssen aber natürlich auch genügend Energie haben, um für den Fall eines Kampfes die Belegschaft zu führen zu bringen und in der Hand zu behalten. Da, wo es der klassenbewußten Arbeiterklasse nicht möglich ist, Funktionäre aus ihren Reihen durchzubringen, hat sie sich Vertrauensleute zu schaffen, die die revolutionären Elemente zusammenhalten und die Verbündeten unter der zurückgebliebenen Betriebsbelegschaft energisch entfalten und bei etwaigen Konflikten zu solidarischem Handeln drängen. All das kann am besten und umfassendsten geschehen, wenn für die einzelnen Industriegruppen und deren Untergruppen durch die Gruppenleitungen des Rätebundes einheitliche Richtlinien und Marschroute ausgegeben werden. Die Gewerkschaften in ihrer heutigen Form können und sollen daneben ungehindert, ja sogar mit moralischer Unterstützung der Rätefunktionäre die Interessen ihrer Organisationsmitglieder in Fragen des Lohn- und Arbeitsverhältnisses wahrnehmen. Für die Ueberwachung und spätere Uebernahme des Produktionsprozesses können sie aber nicht in Betracht kommen, ebensowenig aber auch für die Führung und Leitung von Kämpfen, die das Proletariat über die beruflichen Lohnkämpfe hinaus um die wirtschaftliche und politische Macht führen muß. Ist aber der Umstellungsprozess der Gewerkschaften aus der Berufsgenossenschaft zum Industrieverband erfolgt, so erwachsen ihnen im Rahmen des Rätebundes eine Fülle neuer und wichtiger Aufgaben. Ich denke hier nur an die Statistik, die Registrierung und den Ausgleich der Arbeitskräfte innerhalb einer Industriegruppe, an die Arbeiten einer ständigen Kontrolle der Lebenshaltungskosten, die laufend mit der Normierung der Entlohnung in Einklang zu bringen sind, und viele andere Dinge. All das sind natürlich Probleme, die den realpolitischen Gewerkschaftsroutiniers der alten Schule nicht so leicht in den Kopf wollen, für die man aber in der Redaktion eines revolutionären Blattes Verständnis erwarten sollte.

Der eingangs erwähnte Artikel der „Freiheit“ arbeitet auch sehr stark mit dem Wort: Betriebsdemokratie. Ich für meinen Teil muß demgegenüber sagen, daß wirtschaftliche Demokratie im Rahmen des privatkapitalistischen Produktionsprozesses ebenso ein Unding ist, wie volle politische Gleichheit im Rahmen der landläufigen formalen Demokratie. Die Unternehmer haben von ihrem Standpunkte aus ganz recht, wenn sie sich gegen die Forderung eines Mitbestimmungs- und Kontrollrechtes der Arbeitnehmer wenden, und auch von dem Betriebsratsgesetz nichts wissen wollen. Die kapitalistische Produktion baut sich auf auf den Prinzipien des Konkurrenzkampfes um den Profit. Der Konkurrenzkampf fordert ein reiches Maß von Geschäftsgewandtheit und Geschäftskliffen, die erfolgreich anzuwenden die Unternehmer oder der Betriebsleiter einer Aktiengesellschaft usw. durch niemand gehindert werden darf.

Woll der privatkapitalistische Profit nicht zu kurz kommen. Eine Mitwirkung, ja sogar nur ein Einblick der Arbeitnehmer in die privatkapitalistischen Geheimnisse des Produktionsprozesses mußte für das Unternehmertum stets eine Gefährdung des Konkurrenzkampfes und der Rentabilität bedeuten. Das Unternehmertum kann daher aus Selbsthaltungserwägungen der sogenannten Betriebsdemokratie keine Konzessionen machen; wohl aber wird es, wie in dem erwähnten „Freiheit“-Artikel ganz richtig gesagt wird, sich zu gewissen Konzessionen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbei lassen, und hierbei wird es auch die Gewerkschaftsbürokratie als verhandlungsfähige Partnerin anerkennen. Eine Betriebsdemokratie über die Lohnfrage hinaus aber anzustreben, da verstehen seine Vertreter keinen Spaß. Hier ist auch die Grenzlinie, wo der Kampf zwischen Kapital und Arbeit das wirtschaftliche Gebiet verläßt, und in das politische hinüberreißt, und hier ist, wie ich schon oben dargestellt habe, das Proletariat auf eine weit umfassendere Kampforganisation angewiesen, als es die Berufsgewerkschaft ist. Das Kampfobjekt aber ist nicht der unklare Begriff „Betriebsdemokratie“, sondern das Ringen geht um den Produktionsprozess an sich, um die Frage, ob dieser im kapitalistischen oder im sozialistischen Sinne weitergeführt werden soll. Das ist keine Verhandlungsfrage mehr, die behaucht im Sitzungszimmer eines Gewerkschaftshauses hin und her erwogen wird, sondern das ist eine Machfrage, die im offenen Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie, sowie der zum Schutze des Kapitals ausgebotenen Machtmittel des Staates ausgefochten werden muß.

Nun höre ich den Einwand: „Ja, wozu denn diese Attäde gegen die Betriebsdemokratie? Ihr verlangt ja selbst für eure revolutionären Betriebsräte das Mitbestimmungs- und Kontrollrecht.“ Demgegenüber erkläre ich mit aller Offenheit: Sowohl wir verlangen das Mitbestimmungs- und Kontrollrecht, und wir verlangen es in der festen Ueberzeugung, daß es uns das Unternehmertum nicht bewilligen will und kann. Aber diese Forderung soll in der gegenwärtigen Kampfsituation dem Kampfe zwischen Kapital und Arbeit für jeden Betrieb eine bestimmte, klar formulierte Parole geben. Auf Grund dieser Parole sollen die revolutionären Betriebsräte je nach der Eigenart ihres Betriebes ihrem Unternehmer konkrete Forderungen stellen; innerhalb der Industriegruppen sollen solche Forderungen zu einheitlichen Aktionsprogrammen zusammengedrungen und mit dem Druck des gesamten, in der Industrie beschäftigten Proletariats bekräftigt werden. Die aus solchen Forderungen entstehenden Kämpfe sollen dann, da es sich um Grundfragen handelt, die das Lebensinteresse der Proletarier aller Industriegruppen betreffen, mit allen Kampfkräften des revolutionären Rätebundes unter einheitlicher Führung ausfochten werden. In diesem Kampf wird die ursprüngliche Forderung des Mitbestimmungs- und Kontrollrechtes sich ganz von selbst zu dem entscheidenden Kampf: Sie Kapital, die Arbeit, steuern. Mit anderen Worten: Mit der Forderung des Mitbestimmungs- und Kontrollrechtes wollen wir bewußt die soziale Revolution in sozialistischem Sinne vorwärts treiben und mit den Mitteln des revolutionären Rätebundes zum Siege bringen. Eine zähne und verwaschene Betriebsdemokratie, wie sie von der „Freiheit“ gefordert wird, unterscheidet sich letzten Endes in ihrer praktischen Anwendung nicht viel von der Arbeiterselbstverwaltung der reformsozialistischen Gewerkschaftsbürokratie. Beide laufen auf ein wirtschaftliches Parlamentarismus mit dem Unternehmertum hinaus und unterscheiden sich höchstens durch das Maß des Entgegenkommens, das man dem Kapital zugestehen will.

Ich hoffe, daß die Redaktion der „Freiheit“ ihre Kritik an dem Beschluß der Vollversammlung und an dem Verhalten des Vollzugsrats einer Revision unterzieht, und behalte mir vor, auf einige andere Lehren der Metallarbeiterbewegung noch zurückzukommen.

„Mabe“ (ohne jedes Recht geführt, wie die Werke von Kraus) war erst am Schluß ergreifend. Es ist fast unmöglich, Scheerbarts köstliche Phantasie, die aus der Ungläublichkeit der mißglückten Erde aufsteigt, richtig zu sprechen; und wenn Reinhard Raut hier und bei Morgenstern (besonders beim „Jugend“) einiges bräunlich gestaltete, so darf man ihm danken, wie für den Abend überhaupt, dem ein ohnehin Wille Wort gab. — (Winter mir sah ein Mädchen, das von Karl Kraus alle Eporismen über die Frau auswendig wußte; ich sah sein erschütterndes Gesicht den weiten Weg zum ergehenden Anablenlächeln tun. Das war das Schöne des Abends.) —

Reif Langer gab am Sonnabend einen „Lustigen Abend“, offenbar für ursprünglich echtes Wesen, ihre Braune, ihren Mutterwitz, die Geschicklichkeit eines Menschen, der mit dem Wille und der Natur verwaschen ist. Sie karikiert ohne Ueberhebung und kennt doch keine Schen, sie wird, was Deutschen selten gegeben ist, unerschütterlich „unantastbar“, gewiss nicht es das Publikum gar nicht. Sie ist keine Virtuosa, sondern eine Schöpferin, beherrscht alle Formen, alle Stimmungen, arbeitet mit beschränktem Mittel und erreicht stärkste Wirkung. Sie hat die Geste zur Unterstreichung herbei und macht eine Situation — man möchte sagen: mit dem kleinen Finger. Sie ist herrlich unbürgerlich und gar keine Künstlerin. Sie ist ein Stück Natur.

Am Ende erreichte sie mit Morgenstern ihren Gipfel — da kloppert phantastisch knisternd Unsinns, all spinnst melancholisch träumerische Fäden, Schatz wird Ernst und Ernst wird Schatz. Tragik demarrt in der philosophischen Einsicht einer Schlafschlafkavestrie, Herzen öffnen sich. Wer macht es ihr nach? —

Aus Buchhändlerkreisen wird und geschrieben. Im Buchhändlergewerbe sind die rückwärtigsten Strömungen sehr stark. Ein Wort der Reaktion ist insbesondere das Buchhändler-Büchsenbüchse. Der Kampf, der sich dort anläßt, ist der Kampf „Jaccuse“ — Spannung ist bekannt. Als nach der Novemberrevolution einige große Verlage ihren Wirkungskreis auf das Gebiet der Politik ausdehnten, fanden sie in Sortimentkreisen wenig Verständnis für ihr Streben, die Erzeugnisse politischer Literatur in die Massen zu werfen. Als z. B. der Verlag Rowohlt in der Flugdruckenreihe „Mensur und Aufbau“ Georg Büchner, Karl Marx, Georg Herwegh und die heutige Generation in Manifesten zu Wort kommen ließ, versuchte ein Teil der Sortimentler, diese Werke dem Publikum vorzuenthalten. Doch werden die Verleger,

die den Anstoß an ihre Zeit gefunden haben, sich weder durch Drohungen noch durch Einschüchterungen beirren lassen.“

Kino.

Im Borterre Kino, im dritten Stadteck, Versammlung gegen das Kino. Referent Herr Brunner, ehemals Deputierter für Rindow, wies im Volksgepräch. Er hat endlich den Anstoß dahin gefunden, wo er hingehört: In den Kindern der Bourgeoisfamilien Berlins. Das Publikum setzte sich zusammen aus den Mitgliedern der Kadettenanstalt — so etwas gibt es nämlich noch — und Wandervögeln. Brunner sagte: „Die besseren Kreise meiden das Kino überhaupt! Doch es eine Prostitution gibt, von der eben die meisten Filme handeln, dürfte überhaupt nicht in der Öffentlichkeit erwähnt werden!“ Ein jugendlicher Wandervogel erklärte: „In fünf Jahren regieren wir.“ Begeisterte „Heil“-Rufe und Gesang. Am Saalengang wurden eine Schrift von Dietrich Schäfer und zur Stärkung des Kampfs gegen das Kino Kasperletheaterpuppen verkauft. Heil!

Bernhard Shaw für den Bolschewismus. Bernhard Shaw, der irische Dichter und Politiker, erklärte nach einer Reduktion des Hollandisch-Niederbureaus, auf einer Versammlung: Die Kinder sterben in ganz Europa hauptsächlich infolge unserer Hungerblockade. Wenn es irgend etwas wie ein jüngstes Gericht gäbe, dann würde ich lieber an der Seite von Lenin und Trotski vor dem obersten Richter erscheinen, als an der Seite unserer Regierung. Aus der Zuhörerschaft wurde die Frage gestellt, ob der Bolschewismus nach Shaws Ansicht eine Religion sei. Shaw antwortete, soweit ich dies beurteilen kann, ist der Bolschewismus in Europa eine Religion. Von alledem, was auf die Bezeichnung Religion Anspruch erheben kann, läßt der Bolschewismus dem am nächsten.

Hjörn Hjensson, der Sohn des Dichters, feierte unter allgemeiner Teilnahme Christi: 3 seinen 60. Geburtstag durch eine von ihm selbst im Nationaltheater einstudierte Aufführung von Büchners Dantons Tod.

Das Große Schauspielhaus wird seine Vorstellungen, Wänteranklungen zufolge, am Freitag nächster Woche beginnen.

Die Freie Volksschule hat am Donnerstag, 20. November, abends 7 Uhr, Generalversammlung im Gewerkschaftshaus. Soziale Theaterpolitik und Verbundangelegenheiten stehen auf der Tagesordnung.

Im Lessing-Theater geht als nächste Erstaufführung „Dillie, die die Erde“, Stück in drei Akten in Szene.

Gewerkschaftliches.

Der Lohnkampf der Reparatur-Schuhmacher.

Die Verhandlungen in der Schuhreparaturbranche sind, wie bereits mitgeteilt, an der Parität mit der Arbeitgeber-gesellschaft. Nach der Demobilmachungsaktion hat die Verbandsleitung des Schuhschuhers auf einen Teil von 275 M. und auf eine Arbeitszeit von 8 M. pro Stunde abgesehen. Von Seiten der Arbeitgeber ist nun alles versucht worden, um der Berliner Bevölkerung die Wirkungen eines Streiks in dieser Branche zu ersparen. In diesem Sinne habe auch der Zentralverband der Schuhmacher für letzten Montag in den Siedlerpalais eine Versammlung einberufen, zu der auch die Arbeitgeber eingeladen worden waren. In der Tat sind auch eine ganze Anzahl Vertreter auf der Galerie erschienen. Kollege Volkmer schloß legte noch einmal den ganzen Gang der Verhandlungen dar. In der Diskussion nahm vor allem die Schaub der Zentralverband immer mehr zunehmende Schwächen zur Sprache, an der sich in letzter Zeit auch Post- und Eisenbahnbeamte beteiligten. Es wurde beschlossen, am kommenden Montag über die zu treffenden Maßnahmen der Abteilungsverhandlungen entscheiden zu lassen. In einem demnächst herauszukommenden Flugblatt wird die Bevölkerung aufgefordert werden, ihre Schuhe nur dort reparieren zu lassen, wo die Forderungen der Gehilfen bewilligt sind.

Für die kaufmännischen Angestellten der Stadtbrande ist durch den Zentralverband der Angestellten ein Tarifvertrag abgeschlossen worden. In allen Betrieben mit unter 20 Angestellten ist eine Vertrauensperson aus der Mitte der Angestellten zu wählen, welche die Angelegenheiten des Angestelltenausschusses hat. Die Arbeitszeit beträgt 47 Stunden die Woche. Am Sonnabend und an Tagen vor den hohen Festen ist um 2 Uhr mittags Geschäftsstille. Lehrlinge und kaufmännische Angestellte erhalten im 1. Dienstjahre 6 Arbeitstage Urlaub, für längere Zeit Angestellte erhöht sich der Urlaub bis auf 18 Tage. Gehälter wurden folgende bestimmt: Lehrlinge im 1. Dienstjahre 70 M., im 2. Dienstjahre 90 M., im 3. Dienstjahre 110 M. Für Angestellte nach vollendetem 17. Lebensjahre 200 M., 18. Lebensjahre 225 M., 19. Lebensjahre 250 M., 20. Lebensjahre 275 M. Nach vollendetem 21. Lebensjahre erhalten Maschinenführer, Kalkulanten, Kontoristen, Expeditionsbeamten und gleichwertige Angestellte 300 M. Selbständige Buchhalter, Korrespondenten und Expedienten 400 M. Bilanzierere Hauptbuchhalter und Reisende 450 M. Dazu werden vom vollendetem 21. Lebensjahre die Berufsjahre bis zur Höchstalter von 6 Jahren angerechnet. Der Vertrag gilt rückwirkend vom 1. September 1919.

Groß-Berlin.

Epistel am Telefon.

Das Telefon, das moderne Mittel der Auskunftserteilung und Verständigung, wird mit Vorliebe auch von unfaulbaren Elementen für dunkle Zwecke mißbraucht. Kann man doch hier schnell und bequem manche wichtige Auskunft erlangen, ohne selbst hervortreten zu müssen. Seit einiger Zeit reißt man unserer Redaktion fast die Telefonstricke ab, um die Adresse der Redaktion der „Roten Fahne“, der illegal erscheinenden kommunistischen Zeitung, zu erfahren. Zu diesem Kapitel teilt uns nun Genosse Julian Borchardt folgendes Erlebnis mit:

Heute früh klingelt mein Telefon.
Ich: Hier Borchardt.
Eine Stimme: Ach, entschuldigen Sie, könnte ich bei Ihnen die Adresse der Redaktion der „Roten Fahne“ erfahren?
Ich: Ja natürlich, sofort, auf der Stelle. Wer ist denn dort?
Die Stimme: Hier ist — (einiges Schwanken und Jögern) — die Redaktion der „Freiheit“.
Ich: Ach sehen Sie, das ist nun schade; ich weiß die Adresse selbst nicht, und wollte mich gerade bei Ihnen danach erkundigen.
Schluß.
Was das aber ein dummer Kerl!

Zentralverband der Kleingarten-Vereine.

Unter diesem Namen ist Mitte Oktober d. J. eine neue Organisation ins Leben getreten, die alle auf freizeitsportlicher und demokratischer Grundlage errichteten und in diesem Geiste geleiteten Vereine von Hauskolonisten, Schrebergärtnern und Kleingartenbesitzern zu einem sich über das ganze Reich erstreckenden Verbande zusammenschließen will. Dieser Verband hat an die Spitze seines Programms den Leitsatz gestellt: „Das Kleingartenwesen ist ein bringend erforderlicher Bestandteil der staatlichen und gemeindlichen Wohnungspolitik, des Ernährung-, und des Erziehungswesens sowie der öffentlichen und privaten Volksgesundheitspflege. Jeder Staatsbürger hat ein Recht auf Wohnung mit Gartenbenutzung.“ Es war ursprünglich beabsichtigt, die Gründung erst auf einen im Januar oder Februar nächsten Jahres abzuhalten, den Kongress zu vollziehen. Die Verhältnisse haben aber gezwungen, bereits vor diesem Kongress, der einer gründlichen Vorbereitung bedarf, diese Gründung vorzunehmen. Der Verband der Hauskolonisten Berlins und Umgebung, dem zur Zeit bereits über 500 Kolonistenvereine mit über 3500 Mitgliedern angehören und der die Einberufung des Kongresses übernommen hat, wurde von Vereinen außerhalb seines engeren Bezirkes mit ständig sich mehrenden Anfragen gedrängt, so daß er sich entschließen mußte, bereits im voraus gewissermaßen eine Notgründung und damit einzuweisen auch die Geschäftsführung des Zentralverbandes der Kleingartenvereine zu übernehmen. Dieser Groß-Berliner Verband verfügt schon seit Jahren über eine eigene Zeitschrift, die vierzehntäglich erscheint und die sofort als Verhandlungsorgan und geistiges Bindeglied zwischen allen Vereinen in Tätigkeit tritt. Dieser Verband hat ferner musterhafte Einrichtungen wirtschaftlicher Art geschaffen wie beispielsweise eine eigene Landtagsgenossenschaft, eigene Feuerversicherung für Wohn- und Gartengelände, Landbenutzungsunterstützung und, als besonders hervorzuhebenwert, eine Wirtschaftsgenossenschaft zur gemeinsamen Beschaffung aller für Kleingärtner in Betracht kommenden Gartenbedarfartikel. Er unterhält für seine Zwecke auch eine eigene Geschäftsstelle mit größerem Bureau und Wirtschaftsräumen.

Gegenüber einem schon seit längerer Zeit bestehenden Zentralverband der Arbeiter- und Schrebergärten unterscheidet sich der neue Zentralverband um ein wesentliches. Dieser ist eine Einrichtung, die sich hauptsächlich auf das „rote Kreuz“ und auf dessen Schwester- und Tochterorganisationen stützt, und seine Vereine stehen zum Teil unter Vormundschaft von „roten“ und „allerhöchsten“ Protektoren und sogenannten Patronatsherrn. Es werden von diesen gelegentlich auch mit Finanzmitteln und sonstigen Mitteln Gelder an ungeschult, besonders aber mit

